

# Es lebe der Staat

## Perspektiven

Der Markt als Allheilmittel: Auch die SPD ist diesem Irrglauben des Zeitgeists gefolgt. Wir haben aus diesem Fehler gelernt.

VON DIRK PANTER

**F**ast drei Viertel der Deutschen sind für einen starken Staat. So lautet ein Ergebnis der im August vorgestellten „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes. Danach unterstützen 72 Prozent der Befragten die Aussage, dass

fast drei Viertel der Deutschen für starken Staat. So lautet ein Ergebnis der im August vorgestellten „Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes. Danach unterstützen 72 Prozent der Befragten die Aussage, dass in einer globalisierten Gesellschaft allein ein starker Staat die Bürger vor ausufernden Entwicklungen schützen kann. Nur 13 Prozent sind der Meinung, der Markt werde alles richten, man brauche weniger Staat. Auf den ersten Blick ein positives Ergebnis für den Staat und seine Akteure.

Jedoch ist das Vertrauen in den Staat und seine Gestaltungsmacht seit jeher schwankend und abhängig von den aktuellen Verhältnissen. Dass der Wert bei näherer Betrachtung der letzten Umfragen derzeit eher mittelmäßig ist, kann deshalb nicht verwundern. Nicht wenige sehen den Staat als ein fremdes Konstrukt, das ihnen feindlich statt unterstützend gegenübersteht. Der Staat als eine Ansammlung von Hierarchien und Strukturen, deren Sinn sie nicht verstehen und an

dessen Bürgernähe sie zweifeln.

Dabei werden unsere Institutionen und „die Politiker“, von der Bürgermeisterin bis zum Abgeordneten, „vom Bürger“ geformt und gestaltet, vom Volk gewählt. Sind wir also nicht alle Teil dieses Staates, trotz unserer unterschiedlichen Zusammenhänge und Lebensentwürfe? Vor allem in Sachsen scheint dieses Bewusstsein kaum ausgeprägt. Pegida ist nicht zufällig genau hier entstanden. Wenn wir ehrlich sind: Die Bürger-Staat-Beziehung ist hier gestört.

Die gängigen Begründungen für die Skepsis gegenüber dem Staat übersehen häufig einen zentralen Aspekt: In den letzten 25 Jahren ist dieser in Sachsen zunehmend ausgedünnt und klein gespart worden. Bei aller positiven Aufbauleistung war unser Freistaat allzu oft ein Versuchsfeld staatsfeindlicher, oft als „neoliberal“ bezeichneter Politik – mit erheblichen Folgen für die junge Demokratie.

Diese Entwicklung war weder Zufall noch Notwendigkeit, sondern ist das Ergebnis einer Politik, die in Sachsen nach 1990 die ersten vierzehn Jahre

allein von der CDU und danach maßgeblich von ihr bestimmt wurde.

Wie aber soll Vertrauen in die staatlichen Strukturen und die Verlässlichkeit der vom Volk Gewählten entstehen, wenn die Handlungsfähigkeit des Staates seit Jahren geschwächt und die Bürgerinnen und Bürger in ihrer demokratischen Teilhabe eher ausgebremst statt gefördert werden?

Politik sollte zugänglich, nah an den Menschen und begreifbar sein. Wir müssen erlebbare Erfolge für jeden schaffen. Mit der wohnortnahen Schule, ausreichend Kitaplätzen, der sanierten Turnhalle, dem attraktiven Nahverkehr, der medizinischen Versorgung vor Ort und der gut ausgestatteten Polizei kann der Staat zeigen, wozu und für wen er da ist – für die Bürgerinnen und Bürger.

Nur wenn uns das gelingt, kann neues Vertrauen entstehen und wachsen. Gelingt es uns nicht, wird die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit größer und noch vorhandenes Vertrauen weiter schwinden. Denn die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht ein Auge darauf, ob der Staat die Ansprüche, die er an sie stellt auch selbst erfüllt: Wenn Gesetze auf dem Papier stehen, aber nicht umgesetzt werden. Wenn nach qualifizierten jun-

gen Menschen verlangt wird, aber massenhaft Unterricht ausfällt und Lehrkräfte fehlen. Wenn die Steuereinnahmen sprudeln, aber Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen werden. Wenn der ländliche Raum immer unattraktiver wird und in den Städten die Mieten steigen. Ein Staat, der der großen Mehrheit Wasser predigt und anderen wenigen Wein ausschenkt, der Milliarden für die Rettung der Landesbank ausgibt und gleichzeitig in Größenordnungen Personal kürzt, der weitere Milliarden für Prestigeprojekte aufwendet und zu wenig für das Miteinander im Land, muss sich fragen lassen, was ihm die Menschen noch wert sind?

Gegen diese Auflösungserscheinungen sollten wir den starken, leistungs- und handlungsfähigen Staat setzen. Ein funktionierendes Gemeinwesen, ein gerechtes Steuersystem, ein Staat, der den Erwartungen seiner Bürgerinnen und Bürger gerecht wird, ist im Interesse aller. Alle profitieren, wenn sie in einer Gesellschaft leben, in der sozialer Frieden herrscht. Zu lange hat der Glaube an die allein seligmachende Macht des Marktes das Staatsverständnis in Sachsen geprägt. Dabei weiß die große Mehrheit sehr wohl, wie wichtig ein leistungsfähiger Staat für ihren Alltag ist. Sie haben jedoch in den vergangenen Jahren das Vertrauen verloren, dass dies

in der sächsischen Politik ausreichend berücksichtigt wird. Als Sozialdemokrat muss ich eingestehen, dass auch die SPD in der Vergangenheit dieses Ziel manchmal aus den Augen verloren hat. Oftmals hat sich meine Partei vom Zeitgeist anstecken lassen, teilweise war sie sogar treibende Kraft dieser Politik. Das war ein Fehler, aber wir haben daraus gelernt.



DIRK PANTER ist Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Er studierte Verwaltungswissenschaften in Leipzig, Paris und Utrecht.

**E**in starker Staat braucht, damit er seine Leistungen erbringen kann, eine bedarfsgerechte Personal- und Sachausstattung. Der Staat und seine Einrichtungen als „atmendes System“, das regelmäßig überprüft, angepasst und erneuert wird – entsprechend der zu bewältigenden Aufgaben. Das Wörtchen „bedarfsgerecht“ ist dabei zentral: Es geht darum, ständig zu überprüfen, was jetzt und in Zukunft nö-

tig ist, wo Altes erneuert und Neues korrigiert werden muss. Der Staat muss flexibel bleiben. Festgefahrene Strukturen dürfen wir uns nicht leisten. Denn auch dies hat die Meinungsumfrage zu Tage gefördert: 61 Prozent der Befragten empfinden die Bürokratie in Deutschland als „zu viel“.

Ein Ausdruck von Stärke ist dabei auch, Kritik anzunehmen, falsche Entwicklungen zu erkennen und besser zu werden. Ein starker demokratischer Staat verdient sich das Vertrauen seiner Bürgerinnen und Bürger und ist gleichzeitig elementar auf ihr Mitwirken angewiesen. Eine reine Konsumhaltung führt ins Leere. Im Gegenzug dürfen die Bürger auch einfordern, ernst genommen und in ihrem Handeln unterstützt zu werden.

**E**in starker Staat ist ein erfahrungsfähiger Staat, dessen Wirkung sich im Alltag unter Beweis stellt. Deshalb hat die SPD den Staatsabbau in Sachsen auf den Prüfstand gestellt und auf einen Kurswechsel gedrängt. Das Ende des Stellenabbaus bei Polizei, Justiz oder an den Hochschulen sind erste wichtige Schritte. Weitere werden wir gehen, um das Vertrauen in den Staat wieder zu stärken.

*Artikel am 18.10.2016 in der Sächsischen Zeitung erschienen.*